Zeitschrift: Mitteilungen der Antiquarischen Gesellschaft in Zürich
Herausgeber: Antiquarische Gesellschaft in Zürich
Band: 37 (1952)

Artikel: Voraussetzungen für die Demokratie
Autor: Meyer, Karl
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-378918

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Voraussetzungen für die Demokratie

Vortrag in der Gesellschaft für Kunst und Literatur in Kreuzlingen am 15. März 1934
(Thurgauer Volksfreund, Nrn. 47 und 48 vom 22. und 24. März 1934, auf Grund einer durchgesehenen Nachschrift)

Kurzlebigkeit der Demokratie S. 403. Demokratie als Weltanschauung S. 404. Schwierigkeit der Durchsetzung der Demokratie S. 405. Unsere Zeitlage: Die Hochkultur S. 406. Demokratie und Kulturkrise S. 408. Charakter und besondere Stellung der schweizerischen Demokratie S. 411. Macht und Freiheit als Gegenpole S. 411. Erziehung zur Demokratie S. 413.

Die Demokratie steht heute an einer weltgeschichtlichen Schicksalswende. Die Erwartung, die man am Weltkriegsende hegte, die freistaatliche Idee werde rasch die Welt erobern, hat sich nicht erfüllt. Eine rückläufige Bewegung ist eingetreten. Die Demokratien sind von einer Krise erfaßt worden, selbst unsere, die älteste, ist von den Stürmen nicht ganz verschont geblieben.

Für den Geschichtskenner bedeutete diese Entwicklung keine Überraschung; denn die Aufgabe des Historikers ist ja, fortwährend seinen Standort zu vergleichen mit früheren Epochen. Für den Historiker ist die demokratische eine derjenigen Regierungsformen, die empirisch und ihrem Wesen nach kurzlebig sind. Noch kurzfristiger ist nur die persönliche Diktatur. Diese geht gewöhnlich in eine Wahlmonarchie oder Erbmonarchie über. Gemessen an der Aristokratie oder an der dynastischen Monarchie fristet die Demokratie ein kurzes Dasein. In allen drei weltgeschichtlichen Phasen, wo Demokratie entstanden ist, zeigt sich die Richtigkeit dieses Gesetzes: 1. In der Antike, so bei der griechischen, z. B. bei derjenigen von Athen, die nicht zwei Jahrhunderte sich hielt. Auch die römische Republik ist, nachdem sie im Ständekampf den formalen Sieg der Demokratie errungen hatte, im 1. Jahrhundert v. Chr. in den Cäsarismus umgekippt. 2. Ähnliches zeigt im ausgehenden Hoch- und Spätmittelalter die Demokratie der Kommunen. Auch diese spätmittelalterlichen Demokratien sind, mit Ausnahme der schweizerischen, bald untergegangen; die einen in der Diktatur der Signorie, andere vermochten in den inneren Kämpfen die Ordnung nicht mehr aufrecht zu erhalten, sie wurden, ohnehin kleinräumig, dann von den Fürstenstaaten unterworfen. 3. Mit dem 18. Jahrhundert kam eine neue Hochblüte der De-

mokratie. Diese Epoche ist noch zu kurz, als daß sie die Langlebigkeit der Demokratie beweisen könnte. Zudem gab es sehr viele Zwischenspiele: z. B. Frankreich erlebte schon im Revolutionszeitalter und dann im 19. Jahrhundert Cäsaristische Zwischenregierungen. Selbst England ist erst seit wenigen Jahrzehnten eine eigentliche Demokratie; denn es blieb in seinem Wahlrecht bis tief ins 19. Jahrhundert aristokratisch.

Allen diesen Demokratien gegenüber steht die *Eidgenossenschaft* da als langlebigste unter allen bisherigen Demokratien. Auch keine Demokratie des Altertums hat nur annähernd dieses Alter erreicht. Sie ist die einzige, die vom beginnenden Spätmittelalter an bis ins Zeitalter der Aufklärung und der Gegenwart sich behauptet hat. *Es liegt an uns* zu entscheiden, ob sie auch jene Demokratie sein wird, die noch hinüberreichen wird ins kommende vierte Zeitalter der Demokratie. Denn das ist ganz klar: bei all der rückläufigen Bewegung, die wir jetzt durchmachen, bei diesem Rückfall in den Einparteistaat und den Parteiführerstaat, wird die Demokratie wieder erstehen und ihren Siegeszug über die Welt antreten, aber vielleicht erst nach längeren Generationen, vielleicht erst nach Jahrhunderten, ähnlich wie nach dem Mittelalter.

Woraus schöpfen wir die Gewißheit, daß die Demokratie wieder erstehen wird, früher oder später? Die Demokratie ist weit mehr als eine Regierungsform. Sie ist letztlich eine Weltanschauung. Sie wurzelt im Glauben an die Würde des freien Menschen, die auf dem göttlichen Funken in ihm, auf der Vernunft oder, christlich gesprochen, auf der unsterblichen Seele, beruht. Der Überzeugung, daß die Menschen in ihrem Wesentlichsten, Menschlichsten gleich sind, entstammt die Forderung, daß jeder im Staat berufen ist, mitzusprechen; ihr entspringt der Ruf nach politischer Freiheit und Gleichheit, die Freiheit im Staate.

Aus dieser Würde der freien Persönlichkeit folgt noch ein zweites: die persönliche Freiheit, die Freiheit vom Staat. Der Mensch ist nach der demokratischen Weltanschauung eigenwertig. Die Gemeinschaftsformen sind nicht Selbstzweck, der Mensch ist nicht um des Staates willen, sondern der Staat um des Menschen willen da. So werden die Grenzen gezogen, die den Menschen nicht nur schützen vor der politischen Herrschaft eines andern Menschen, sondern gegenüber der Willkür des Staates, auch jener der Mehrheit. Diese Rechte tragen nicht umsonst den Namen *Menschenrechte*. Es sind Rechte, die der Mensch *als solcher* und nicht nur als Staatsbürger besitzen soll: Glaubens- und Gewissensfreiheit, Freiheit der Meinungsäußerung, wirtschaftliche Freiheit usw. Alle diese Rechte beruhen auf der Überzeugung, daß der Mensch in sich unzerstörbare, ewige Werte repräsentiert. Es gehört ferner zum Wesen der Demokratie, daß

nicht nur die individuelle Entwicklungssphäre garantiert ist, sondern daß auch der freie Zusammenschluß gleichgesinnter Menschen des betreffenden Staates möglich, ja gewährleistet ist: daher die Koalitionsfreiheit, Rede-, Versammlungs-, Pressefreiheit. Sogar kleinen Minderheiten wird das Dasein gesichert; auch sie sollen die Überzeugung haben, daß sie ihre Ideen im Staate zum Einfluß bringen können. Die letzte Konsequenz dieses Minderheitenschutzes ist das proportionale Wahlrecht.

Dem freien Menschentum der Demokratie entsprechen auch seine Mitspracherechte hinsichtlich der *Staatszugehörigkeit*. Keiner soll als Hausrat eines Fürsten erbgeteilt, verkauft, vertauscht werden wie zur Zeit der Erbdynastien. Der *freie Willensentschluß* soll über die Staatszugehörigkeit entscheiden, und auch nicht ein einziges Kriterium, wie es das 19. Jahrhundert in der Sprachgemeinschaft oder das 20. Jahrhundert im Rassenbegriff gefunden hat. Die wahre Demokratie bejaht die *Humanität*; die Einzelstaaten sind ein Mittel zur Verwirklichung der Menschheitsidee, dieses Korrelats des Einzelmenschen. Es ist kein Zufall, daß die Aufklärung im Philosophen Kant den folgerichtigsten Vorkämpfer des ewigen Friedens gestellt hat.

Doch warum ist, wenn so hohe Menschheitsgedanken in der Demokratie wurzeln, diese so kurzlebig?

Nicht *trotz* ihren hohen Idealen, nein, *wegen* diesen ist der Demokratie in der Regel ein kurzes Dasein beschieden. Denn je erhabener und größer eine Idee ist, desto schwerer kann man sie in der Wirklichkeit durchsetzen, denn desto gewaltigere Anforderungen stellt sie an ihre Träger, die Menschen. Es ist die tiefe Tragik, auch der weltgeschichtlichen Religionen, daß sie immer den Kampf zwischen dem religiösen Urprinzip und der Welt, dem Ungenügen der Menschen durchzufechten haben. Je höher ihr Gehalt ist, um so schwieriger hält es, diesem in der Wirklichkeit eine Stätte zu geben.

Diesen Schwierigkeiten untersteht auch die Demokratie. *Jede Regierungsform ist letztlich abhängig von den Herrschertugenden des Souveräns:* die Monarchie von jenen des Monarchen, die Aristokratie von jenen der herrschenden Klasse, die Demokratie aber fordert diese Herrschertugenden vom gesamten Volk, und jeder Einzelne oder zum mindesten die Mehrheit sollte jene *Einsicht*, jenen *Opferwillen* und jene *Entschlußkraft* aufbringen, ohne die nun einmal kein Souverän den Staat durch die innern und äußeren Krisen hindurchzusteuern vermag. Diese moralischen Voraussetzungen müssen in der harten Wirklichkeit immer wieder neu erkämpft, neu geschaffen werden. Die Demokratie ist gewiß ein hohes Ideal, aber auch eine immer neu und schwer zu erkämpfende Aufgabe. Die Gefahr dieses freien

Menschentums liegt in der Möglichkeit zu einer Überspannung der Freiheit, des Egoismus der Einzelnen, der Gruppen, wo die Freiheit aufhört, im Interesse aller zu sein, wo sie zur Herrschaft über andere ausartet. So hat die Demokratie die immer sich verschiebende Grenze zu bestimmen, wo der Verzicht auf ein extremes Durchzwängen der Freiheit nötig ist. Jede Freiheit hat die Tendenz, umzuschlagen in die Herrschaft über andere: über andere Einzelne, über andere Gruppen usw. In diesem Egoismus der Einzelnen und der Gruppen liegen die Hauptgefahren, die Untergangsgründe: wenn Einzelne oder eine Gruppe sich derart über die andern hinausschwingen, daß sie über die anderen herrschen, haben wir das Ende der Demokratie: den Einparteistaat, die Herrschaft einer Partei und ihres Führers. Die Gefahr besteht, daß der Ausgleich nicht gefunden wird, daß aus der Freiheit aller nicht der edle Wettkampf aller, sondern der wilde Interessenkampf, der *Bürgerkrieg* und das Chaos entstehen. *Im Chaos, das zeigt die geschichtliche Erfahrung, interveniert dann der benachbarte ausländische Fürstenstaat und unterwirft sich das uneinige demokratische Gemeinwesen.* Oder der Untergang kommt *von innen:* die Diktatur einer Partei, ihres Führers, ersteht und wird geduldet, unter Verzicht auf die Freiheit, nachdem man deren Grenzen nicht mehr aus eigener Kraft zu finden und zu sichern gewußt hat.

Keine vergangene Epoche der Demokratie hat an diesem Problem, die Freiheit mit dem Gemein-Interesse und der Ordnung zu verbinden, so hart zu ringen gehabt wie die unsrige. Keinem demokratischen Geschlecht ist die Aufgabe so schwer gemacht worden, wie unserer Generation: denn in unserem Zeitalter ist die innere Spaltung, die Zerrissenheit notwendig eine viel größere als etwa in Griechenland oder in Rom, ja selbst im spätmittelalterlichen Italien. Wir leben heute in einer ganz besonders differenzierten *Hochkultur*, in der eine Fülle von Kulturgütern da sind: der kunstvolle moderne Staat, mannigfaltige Religions- und Weltanschauungsformen, zahlreiche Wirtschaftsgruppen sowie gesellschaftliche Bildungen überhaupt; denn Hochkultur setzt Differenzierung und Arbeitsteilung voraus. Und die Kulturmächte und Gruppen spalten sich immer weiter. Ein Beispiel: Die allerjüngsten Jahrzehnte erlebten technische Triumphe, wie keine andere Geschichtsepoche in solch kurzer Zeit sie geschaffen hat.

Alle Technik will die Natur überwinden: sie macht den Menschen frei gegenüber der Natur. Wir haben unsere physischen Schranken, unsere bescheidenen menschlichen Geh-, Kraft-, Verständigungsapparate überwunden, durch die Technik unsere Möglichkeiten ins Ungeheuerliche gesteigert, mit modernen Kraftmaschinen und Kraftwerken, Verkehrs-

mitteln zu Land, zu Wasser und in der Luft, durch Verständigungsmittel mit und ohne Draht; sogar den Tod haben wir zum Teil des Schreckens beraubt (Hygiene, Versicherung).

Aber all diese Meisterung der Natur ist nur möglich geworden auf Kosten *neuer Bindungen:* Wir sind abhängig geworden von den *Mitteln*, mit denen wir die Natur überwunden haben: von der *Gesellschaft*, die durch eine *beispiellose Arbeitsteilung* diesen technischen Apparat erzeugt, und zwar durch eine Arbeitsteilung, welche unsere *ganze Erde* umfaßt.

Auch der Bauer ist heute in diese Arbeitsteilung verflochten. Seine Eigenversorgung (etwa mit Kleidung) ist vorbei, es fällt ihm bequemer, sein Gewand nicht mehr selber zu erzeugen, sondern zu kaufen; aber er kann nur kaufen, wenn er anderes (Milch, Vieh, Getreide) verkaufen kann; ob er es aber verkaufen kann, das ist Sache der Gesellschaft. Eine Störung des Gesamtmechanismus, der Siegeszug des Motors in den Getreideflächen von Kanada und der Vereinigten Staaten, kann mit einem Schlage seinen Getreideabsatz stille stellen. Er ruft die Gesellschaft, den staatlichen Schutzzoll oder das Getreidemonopol zu Hilfe. Der Geldbesitzer primitiver Zeiten behielt sein Gold zu Hause; heute, wo der Kapitalist sein Geld arbeiten läßt, gegen Zins ausleiht und so ständig vermehrt, muß er riskieren, daß es ihm von heute auf morgen durch eine Maßnahme der Gesellschaft, durch die Inflation, geraubt wird. Kein Wunder, wenn in dieser Hochkultur sich oft wieder ganz urtümliche Methoden einstellen: das Horten des Goldes, wie es der Primitive in der Prähistorie geübt hat, ist heute, aus dem Versagen der Hochkultur, wiederum aufgekommen.

Durch diese Arbeitsteilung ist eine Frontänderung eingetreten. Früher stand der Mensch gegen die Natur; im Kampf gegen sie fanden sich die Menschen. Heute ist die Natur überwunden, aber dafür nimmt man mehr als je Front gegen die Gesellschaft, gegen die Mitmenschen. Es ist zur Spaltung der Gesellschaft in Arbeitgeber und -nehmer gekommen, zum Kampf zwischen Landwirtschaft, Industrie und Handel, zum Kampf innerhalb dieser Gruppen, etwa zwischen Exportindustrie und Binnenindustrie. Aus der Omnipotenz des Staates, wie sie aus der modernen, arbeitsteiligen Gesellschaft herausgewachsen ist, ergab sich Ähnliches: die Staatsfunktionäre führen einen Kampf gegen die übrigen Staatsangehörigen, gegen die Steuerzahler. Es erwachsen Frontverschiebungen in immer neuer Mannigfaltigkeit. Und diese Arbeitsteilung und gegenseitige Abhängigkeit umfaßt unseren ganzen Planeten, der durch die modernen Distanzverkürzungen ein einziges Schicksalszentrum geworden ist. *Lokale Dinge sind von weltweiten Ursachen bedingt.* Und das Ganze geht vor sich in einem *unheimlichen Tempo der Entwicklung*, in einem Fiebertempo. Was heute für

richtig gehalten und beschlossen wird, ist morgen schon wieder veraltet, überholt, widerlegt; Maßnahmen werden durchgeführt, von denen man weiß, daß sie im nächsten Moment schon überholt sind (wirtschaftliche und militärische Mittel sind im Augenblicke, wo sie eingeführt werden, durch Entwürfe von Konkurrenten überholt), nur um in dem beispiellosen Weltkampf gewappnet zu sein. „Gouverner c'est prévoir". Beim heutigen Tempo haben wir es schwerer als früher, vorauszusehen. Bedauernswerter als je sind die Männer, die heute leiten oder raten sollen, die Staatsmänner der Gegenwart, die Wirtschaftsführer, Bankleiter, Industrieunternehmer und Bauernberater.

Was wir heute erleben, ist nicht nur eine Krise der Demokratie oder des Staates oder der Wirtschaft, sondern eine Krisis der ganzen hochdifferenzierten Kultur. Auch der einzelne Bauer, der einzelne Arbeiter führt diesen schweren Kampf der fortwährenden Anpassung an Neues, Unberechenbares, am meisten jedoch jener, der den Staat zu steuern hat. Denn vom Staat, dem Zwangsvollstrecker der Gesellschaft, erwartet man heute alles. Und am schwersten hat es der demokratische Staat. Die Diktatur bewältigt diese Schwierigkeiten leichter, wenigstens nach außen hin: de-Diktator *befiehlt*. Ein Widerspruch, ja schon ein Hinweis auf seine Fehlr griffe ist unmöglich, denn Kritik, Pressefreiheit, Koalitionsfreiheit sind unterbunden. In der *Demokratie* aber regiert letztlich das Gesamtvolk. Wenn schon in den primitiveren Verhältnissen der Antike oder des Mittelalters die Demokratie versagt hat, ist es nicht zu verwundern, daß sie heute in diesen unendlich komplizierten Zeiten vor großen Gefahren steht. Die steigende Differenzierung und Arbeitsteilung verengert den Horizont und den Opferwillen des Menschen. Je spezialisierter eine Gruppe ist, desto mehr betont sie nur ihr Interesse und vermutet bei den andern Gruppen Böswilligkeit. Je liberaler die Demokratie, um so größer sind heute ihre Schwierigkeiten. Gerade der ideale Minderheitenschutz, der Proporz, zeigt, wie untrennbar Licht und Schatten sind. Wo große Parteien sind, wie in den Vereinigten Staaten, ist es leichter.

Der Majorz fördert Mehrheitsparteien, große Parteien. Hier vollziehen sich die Auseinandersetzungen innerhalb der Partei. So wird die große Partei eine Art Bürgerschule; denn sie muß alle Interessen ihrer Anhänger unter eine Einheit, zu einem Ausgleich bringen, weil sie sonst nicht nach außen operieren kann. Wo die Demokratie am freiheitlichsten ist und durch den *Proporz* auch der kleinsten Gruppe eine Wirkungsmöglichkeit, eine Parteibildung gestattet, ist engstirniger Interessenfanatismus leichter möglich. Der Ausgleich der Interessen muß dann im Parlament statthaben, und auf dieser Plattform, im Parlament, wo zum Fenster hinaus an die Wähler

gesprochen wird, finden die Leute den Kompromiß nicht mehr so leicht. Eine Mehrheit (Koalitionsmehrheit) kommt nur noch von Fall zu Fall durch bedenkliche taktische Manöver, oder überhaupt gar nicht zustande. Es kann oft nur noch mit Minderheiten regiert werden. Daran ist z. B. die junge deutsche Demokratie schon vor dem Jahre 1933 innerlich untergegangen. Es mußte mit Minderheitskabinetten, d. h. mit präsidialen Notverordnungen, regiert werden.

Nicht nur diese ungeheure Gruppenzersplitterung drückt heute auf den Staat und am empfindlichsten auf die Demokratie, die nur dank der Einsicht und der Opferwilligkeit aller bestehen kann, sondern in unserer unmittelbaren Gegenwart kommt noch ein Zweites hinzu: die Demokratien der früheren Zeiten, der ersten und zweiten weltgeschichtlichen Epoche und die meisten der dritten Epoche bis auf die Gegenwart, hatten es unvergleichlich leichter als die gegenwärtigen: Alle früheren Demokratien waren doch nur bedingt Demokratien. Sie waren Demokratien in Gänsefüßchen. Die wahre Demokratie muß die Gegensätze zwischen den Gruppen ausgleichen und auch jene Leute zur Staatsbejahung bringen, die an der Schattenseite des Lebens stehen. Es gibt in der arbeitsteiligen Gesellschaft nun einmal Arbeiten, die schwerer fallen als andere und doch geleistet werden müssen. Das Problem, auch die Träger unangenehmer, härterer Arbeit zur Bejahung des Staates zu bringen, hat keinem demokratischen Zeitalter derart zu schaffen gemacht wie unserer Gegenwart. Für die früheren Demokratien existierte es nur sehr teilweise. Die Demokratie Athen mit ihren vierzig ordentlichen und vielen außerordentlichen Bürgerversammlungen im Jahr, mit ihrer Verachtung des Banausentums, d. h. der werktätigen Arbeit, ist nicht denkbar ohne die 30—40 Prozent Sklaven. Der Sklave war in der Antike nicht nur nicht Bürger, sondern nicht einmal Mensch. Er war bloß Sache, Neutrum, „manicipium". Unangenehme Arbeit wurde weiter auf die Hintersässen (Metöken) abgewälzt, denen man das Bürgertum nicht so freigebig schenkte wie heute, wo der Ausländer, ob assimiliert oder nicht, sehr rasch Vollbürger werden kann. Auch in der römischen Demokratie forderte die Bürgermasse ein sorgenloses Dasein, Nahrung und Lustbarkeiten von Staats wegen („panem et circenses"). Die Zeche zahlt hier neben den Sklaven die Millionenbevölkerung der Provinzen, dieser Beutestücke des römischen Volkes („praedia populi Romani"). Gewiß brachte die mittelalterliche Demokratie einen ungeheuren Fortschritt. Der Adel der werktätigen Arbeit wird verkündigt. Kaufleute und Gewerbetreibende üben in den Städten die Souveränität aus: „Stadtluft macht frei". Aber vor den Toren erwirbt man bald Untertanen, ähnlich wie viele antike Städte. Die alte Demokratie ist immer

eine *Ortsdemokratie* mit einer Bürgerversammlung oder Landsgemeinde, sie war also kleinräumig. Um sich gegen Mächtigere (z. B. Fürstenstaaten) zu behaupten, erweiterte man den Raum durch Erwerbung von Untertanengebiet. Dabei erwarb die Stadt auf Kosten der politisch nicht mitsprechenden Untertanen ein höheres Lebensniveau (also eine Entspannung der eigenen wirtschaftlichen Gegensätze) durch die von ihr monopolisierten Wirtschaftsrechte, Amtsstellen usw.

Auch in der Gegenwart haben wir solche Abwälzungen der Spannung auf Dritte. Ist das britische Weltreich eine Demokratie? Es beruht auf der Herrschaft der 40 Millionen mutterländischer Bevölkerung über die 400 Millionen in den Kolonien. Das englische Lebensniveau, das Gentleman-Niveau, wird nur möglich wegen des gesicherten Absatzes im Kolonialreich und wegen der Wirtschafts- und Renteneinkünfte aus diesen Gebieten, vorab aus Indien. Auch in Frankreich regieren 40 Millionen und 60 Millionen gehorchen und erleichtern den innerfranzösischen Ausgleich. Aber dieses Abwälzen findet jetzt, seit dem Weltkrieg, sein Ende. Die Herrenstellung des Europäers in der Welt geht wohl für immer unter. Außer-Europa emanzipiert sich, es schreitet heute zu einer Gegenoffensive gegen Europa, ja gegen die Weißen; es wirft sie hinaus aus ihren Herrschaftsgebieten, wo wir noch Herrschaftsrechte ausüben, müssen sie gelockert werden, so mußte z. B. Großbritannien Indien die Zollhoheit zugestehen.

Die Schweiz hat seit 1798 keine Untertanen mehr; aber wir haben den innern Ausgleich erleichtert mittels Einkünften, die uns zugeflossen sind aus unserem Export von Qualitätswerten, Erzeugnissen unserer Exportindustrie, unserer Vieh- und Milchwirtschaft, aus der Ausfuhr von Kapital und durch die hochqualifizierten Auslandschweizer. Der Fremden- und Transitverkehr kam hinzu u.a.m. Aber all das steht heute gleichfalls in Frage. Unsere auswärtigen großstaatlichen Kunden sind gelähmt durch den Verlust ihrer Herrenstellung und ihrer eigenen Absatzmärkte. Jetzt, wo diese äußeren Entlastungsmittel versagen, wird die ganze Fülle der Schwierigkeiten unserer übervölkerten Gemeinschaft ins Innere verschoben und dies ausgerechnet in einer Zeit, wo die innere Zerklüftung des Staates ohnehin gewaltiger ist als je und das Regieren so ungeheuer schwierig macht angesichts jenes Fiebertempos, der Unberechenbarkeit und Unvoraussehbarkeit des Kommenden. Wenn die *Lebenshaltung* unseres Kulturstaates keine sicheren Ressourcen von außen mehr hat, *so muß sie hinunter*, ob man will oder nicht. Die Diktatur kann diese Folgerung leichter ziehen, wenigstens für den Moment. Denn „der Führer" befiehlt und die andern müssen gehorchen. In Italien setzt der Führer die Löhne um 30 und mehr Prozent, die Renten auf $3^1/_2$ Prozent hinunter. In der Demokratie aber

steigert diese Notwendigkeit jene inneren Kämpfe; leidenschaftlicher Gruppen- und Parteiegoismus feiert seine Orgien.

Unter diesem Drucke brechen unsere modernen Demokratien eine nach der andern zusammen.

Aber die ausländischen Freistaaten konnten leicht in die Diktatur flüchten, weil die Demokratie hier etwas Äußerliches, mit dem Wesen des Staates nicht notwendig Verbundenes gewesen ist. Der Geist des deutschen Volkes, des Deutschen Reiches (dieses dynastischen Werkes), hat sich 1918 nicht geändert. Das äußere demokratische Gewand fiel rasch ab, und der alte preußisch-deutsche Autoritätsstaat stand in etwas umgewandelter Form wieder da. Selbst Frankreich könnte sich eher umstellen; der französische Staat ist nicht denkbar ohne die großen französischen Könige oder die Bonaparte.

Doch eine Preisgabe der schweizerischen Demokratie wäre etwas grundverschiedenes. *Die Schweiz ist das Werk der Demokratie.* Der genossenschaftliche Selbstverwaltungswille ist der Entstehungsgrund der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Um unsere Täler und Städte freiheitlich verwalten zu können, haben wir uns bewußt abgelöst von dem damals sich bildenden österreichischen Großstaat und bald auch vom Deutschen Reich. Politische und persönliche Freiheit im Kleinstaat galten unseren Staatsschöpfern mehr als die Zugehörigkeit zu einem großräumigen Machtstaat.

Weil wir die Freiheit wollten, sind wir klein geblieben. Um der Freiheit willen wehrten wir uns gegen jede Gleichschaltung durch Fürstenmächte. Zur Wahrung dieser Freiheit haben oberalamannische Bergtäler und Städte, rätische und italienische (Tessiner) Gebirgsgemeinden, ebenso welsche Talschaften und Städte (wie das entlegene Genf) sich zur Schweizerischen Eidgenossenschaft zusammenverbunden. Was sie alle verknüpft, war der Wille zur Freiheit.

Die eidgenössischen Orte verzichteten nach Marignano (1515) bewußt auf Machterweiterung nach außen und bekannten sich zur *Neutralitätspolitik.* Denn Macht hätte eine Konzentration erfordert, eine Gleichschaltung der Bünde und Bundesglieder, den Weg zum Einheitsstaat, Staatsomnipotenz gegenüber der freien Persönlichkeit. Auch die Rücksicht auf die Untertanengebiete nötigte zum Verzicht auf die Machtbestrebungen; denn auch bei den kantonalen und gemeineidgenössischen Untertanen hatte die Freiheit durch alle Jahrhunderte eine Heimstätte behauptet: die große Selbstverwaltung der Gemeinden. In den Gemeinden, diesen letzten Lebenszellen unserer staatlichen Organisation, ist der Freiheitswille gleichfalls dem Machtwillen gegenübergetreten.

Macht und Freiheit sind ewige Gegenpole. Wer die Freiheit will, kann nicht

auch die höchste Macht haben. Die Diktatur kommt mit der Parole der Macht: die Größe Roms, die Größe des Dritten Deutschen Reiches. Mit Machtidolen tröstet man das abgedankte Volk über seine verlorene Freiheit hinweg. Die Freiheit ist nicht nur unser eidgenössisches Entstehungsprinzip, sie ist die *dauernde Rechtfertigung* unseres schweizerischen Staates. *Der Kleinstaat, der nun einmal die Schweiz ist, hat*, nach dem zutreffenden Wort Jacob Burckhardts, *nichts, womit er die Idee des Großstaates wettmacht als seine Freiheit*, als die Tatsache, daß in diesem Kleinstaat die höchstmögliche Zahl von Bürgern an der politischen Willensbildung aktiv beteiligt ist. Aber diese Freiheit wiegt alle Werte des Großstaates, auch seine Macht, auf. Keine diktatorische Gleichschaltung könnte uns jenen Trost verschaffen, den die ihrer Rechte entsetzten Völker der Großstaaten eingetauscht haben: die Macht. Sie könnte es schon technisch nicht, weil unsere 600jährige Geschichte der Bildung des Machtstaates widerstanden hat, und wir dies heute nicht wieder einzuholen vermögen. Unseres Freiheitsideals wegen sind wir zudem heute ein *Nationalitätenbund*: der Freiheit zuliebe haben verschiedensprachige Volksgenossen sich der Eidgenossenschaft angegliedert und sind bei ihr geblieben. Der Nationalitätenstaat ist dort zusammengebrochen, wo die Gleichschaltung versucht wurde (Türkei, Österreich-Ungarn, Rußland).

Die Existenz unseres Staates steht auf dem Spiel, wenn wir unser überkommenes Staatsideal, unser Entstehungs- und Rechtfertigungsprinzip verlassen müßten.

Gewiß: die Behauptung der Demokratie wird uns in einer Hinsicht leichter gemacht als anderen Völkern. Wir sind eine *organisch gewachsene Demokratie*. Unser Freistaat ist erwachsen von der Gemeinde her; die Gemeinde ist in der Schweiz zum Staat (Kanton) geworden. Durch die Föderation der Kommunen entstand der größere Raum, das schweizerische Vaterland. Gerade die Abstufung in Gemeinde, Kanton und Bund ist eine echte Bürgerschule. Die Spreu wird im kleineren Gemeinwesen ausgesondert, der Staatsmann hat sich zuerst im kleinen, genossenschaftlichen Raum zu erproben.

Doch diesem kleinen Raum eignet eine Schattenseite. Er ist mehr auf die Umwelt angewiesen als der große Raum. Wir können bei uns nicht alles durchsetzen, was wir für wünschbar halten. Gerade auch wirtschaftlich sind wir stärkst von der Umwelt bedingt. Ein autarker Großstaat, der fast alle Lebensmittel und Rohstoffe selbst erzeugt, mag hoffen, Krisen durch eigene staatliche Experimente zu bewältigen, etwa durch Währungsabwertung, wie dies heute Großbritannien und besonders die Vereinigten Staaten versuchen. Bei uns, die wir nicht nur exportieren, sondern Lebens-

notwendigstes importieren müssen, würde eine Inflation den furchtbarsten Interessenkampf auslösen; denn jede Wirtschaftsgruppe möchte die Kosten der Währungsentwertung auf die anderen abladen.

So steht also die schweizerische Demokratie vor schicksalhaften Entscheidungen. Wir leiden an der Zersplitterung und Gruppenbildung der modernen Hochkultur und verlieren die auswärtige Druckentlastung. Der Ausgleich im Inland ist bei uns schwieriger als anderswo, weil wir unserer Kleinheit wegen nie in der Lage sind, alle Faktoren zu beeinflussen, die sich bei uns auswirken würden. Setzten wir z. B. die Währung hinunter, so würde das Ausland unseren Export kurzweg mit Valutazuschlägen abriegeln. Tut dies doch Frankreich heute selbst gegenüber dem befreundeten, mächtigen Großbritannien und gegenüber der verbündeten Tschechoslowakei.

Wie vermögen wir uns denn zu helfen?

Der einzige Ausweg: Erziehung zur Demokratie. Unsere Gegenwartslage heißt: die höchste, aber schwierigste Regierungsform, stärkste innere Spannung und doch die Notwendigkeit, an der Demokratie, unserem Entstehungs- und Rechtfertigungsprinzip, festzuhalten, zum mindesten in der Form der Repräsentativdemokratie.

Es gibt *einen* Ausweg, aber nur diesen. Wenn die Demokratie vor ganz großen Aufgaben steht — und heute erleben wir vielleicht die schwerste Stunde unserer 600jährigen Geschichte —, so gibt es kein anderes Mittel, als daß die Herrschertugenden des Souveräns in unserem Staatsvolke gesteigert, täglich neu zum inneren Erlebnis und Besitz werden müssen. Diese Herrschertugenden sind: *Opfersinn*, *Einsicht*, *Tatkraft*. Zunächst Einsicht in den ungeheuer komplizierten, täglich wechselnden Weltzusammenhang der wirtschaftlichen, politischen, weltanschaulichen, technischen und überhaupt kulturellen Gegenwartsfragen. Nicht Bewältigung dieser Dinge kommt für den Schweizerbürger in Betracht — all das zu übersehen und zu meistern, vermag heute sogar ein „Führer" nicht —, aber *Eines* können wir: das Schweizervolk soll die Einsicht gewinnen, daß unsere Gegenwart ungeheuer kompliziert und mannigfaltigst verschlungen ist, daß man nicht engstirnig sein Gruppeninteresse durchzwingen kann und darf, sondern daß jede Gruppe die andern Volksteile, die Gegenkräfte, verstehen und begreifen soll. Wahrheit und Gerechtigkeit, diese Forderungen an den Menschen, sind auch die Forderungen an den Bürger. Wir *verstehen* die Gegenpartei nur, wenn wir uns in sie hineinleben, wenn wir gewissermaßen in ihren Gedanken denken können; nur dann überwinden wir sie auch, wenn wir uns in ihre Interessen hineinzufühlen vermögen. Nur dann können wir durch Ausgleich diese Gegensätze meistern, keines-

falls aber dadurch, daß wir den andern Volksgenossen verständnislos, ja haßerfüllt gegenüberstehen. Des weitern müssen wir täglich die großen *Alternativen*, Wahlnotwendigkeiten, erkennen; wenn wir das eine begehren, müssen wir auf ein anderes verzichten, nicht alles können wir haben. Die Utopie, die Illusion soll zurücktreten vor dem, was möglich ist. Politik ist die Kunst des Möglichen. Jeder Volksgenosse soll bereit sein für den *Ausgleich*, er hat darauf zu verzichten, seine Interessen bis auf das letzte durchzuzwingen, er hat Opfer zu bringen auf dem Altar der Gemeinschaft. Diese Opfer werden in höherem Zusammenhang reichlich belohnt, denn wer Gruppeninteressen über alles stellt, wird früher oder später Schiffbruch leiden; an der Überspitzung des Militärischen ist z. B. Deutschland militärisch zusammengebrochen; an der Engstirnigkeit seines Proletariates scheiterte Rußland 1917, knapp vor dem Siegesziel; der kurzsichtige russische Bauer hat dafür eine neue Sklaverei eingetauscht: die Herrschaft der Industrieproletarier.

Selbst in der reinen Demokratie nimmt das Volk nur bei bestimmten Gelegenheiten, bei Wahlen und Abstimmungen, unmittelbaren Einfluß auf die Bildung des Staatswillens. Und doch beruhen unsere Volksvertreter, die Kantonsräte, die Bundesversammlung, die Regierungen fortwährend auf dem Volke, auf der *öffentlichen Meinung*. Diese funktioniert bei uns vorab durch das Mittel der Kritik.

Kritik ist in der Demokratie eine Notwendigkeit. Ohne freie Meinungsäußerung, ohne Kritik keine Demokratie. Aber die Kritik ist nicht minder eine Kunst als das Regieren selbst; sie muß anerzogen, gekonnt sein. Wer Kritik im Staate üben will, der sollte *positive Leistung* hinter sich haben. Wer in der Gemeinde, in der Gruppe, im Beruf, in der Familie seinen Mann gestellt hat, der besitzt die beste Aktivlegitimation zur Kritik. Eine weitere Voraussetzung der Kritik aber heißt: *zuerst Selbstkritik*, Selbsterkenntnis und nachher die Kritik gegenüber den andern. Heute wird die Kritik vielfach von Leuten getragen, bei denen die Selbsteinkehr das dringendste wäre; täglich steigern sich die Forderungen von Erwerbsschichten, die, durch die Spekulationswirtschaft getrieben, sich einseitig auf vorübergehende Konjunkturgewinne hin eingestellt hatten und nun die Verluste an diesem Risiko — den Gewinn hätten *sie* einkassiert — auf die Volksgenossen abladen möchten. Gewiß müssen und wollen wir ihnen beistehen, aber alle Staatsunterstützung ist nur eine Hilfe für den Augenblick. Dauerhilfe bringt nur die Selbsteinkehr. Mancher muß zur Einsicht gelangen, daß ein Teil der Schuld auf ihm selber lastet, nicht bloß bei den andern. Nur durch diese Selbstkritik wird man klug und weise für die Zukunft. Kritik setzt ferner voraus, daß der Kritiker

die Dinge *besser* zu machen weiß. Der Kritiker darf nicht nur ablehnen oder versprechen, es „anders" zu machen, sondern er soll mit positiven Vorschlägen herausrücken und damit die Mitverantwortung für einen neuen, besseren Weg übernehmen. Alle Kritik ist ferner etwas Relatives, sie ist nur möglich im Rahmen des *Vergleichs*. Man muß unsere Zustände vergleichen mit jenen in den Nachbarländern. Wenn unsere Mißstände sich auch anderswo finden, so ist das ein Zeichen, daß es sich um allgemeine Krisen mit Weltursachen handelt, in die unser kleines Land schicksalshaft hineingerissen wurde. Wir sollten durch vergleichende Kritik auch *anerkennen, wo es uns besser geht als andern*. Die Kritik soll auch das Positive zeigen, das da ist. Bankkrisen z. B. weisen die andern Staaten noch mehr auf; aber keine andere Notenbank hat die überraschende Pfund- und Dollarabwertung derart ohne jeden Verlust überstanden wie die Schweizerische Nationalbank. Nur eine gerechte Kritik wird den verantwortungsbelasteten Behörden den Mut und die Kraft leihen, ihr Amt in schwierigen Zeiten weiter zu tragen.

Wenn wir unserem Volke die Herrschertugenden des Souveräns beibringen wollen, so müssen wir es Tag für Tag erziehen. Bei den eidgenössischen Abstimmungsvorlagen sollte der Bund jedem Bürger auch eine erklärende Weisung, Begründung mitgeben. Doch noch bedeutsamer ist die tägliche Aufklärung in der ruhigen Zeit, zwischen den Wahlen und Abstimmungen. Da muß in unseren Gemeinden, in Bürgerversammlungen, Gruppentagungen, Kursen, Vorträgen, an bestimmten ausgewählten Problemen die außerordentliche Schwierigkeit und Zwiespältigkeit der Entscheidung dargetan und gezeigt werden, wie engherzige Interessenpolitik immer zum Scheitern führt.

Demokratie ist allezeit eine Aufgabe, eine Erziehungssache gewesen. Darin liegt das Große dieser Regierungsform. Die Erziehung zum guten Staatsbürger ist auch Erziehung zum guten Menschen. Die Herrschertugenden des souveränen Volkes, die Bürgertugenden, sind gleichzeitig die Tugenden des Menschen an sich.

Unsere demokratische Staatsform steht heute vor einer weltgeschichtlichen Krisis. Aber es ist nicht nur eine Krisis der Demokratie, sondern des Staates, mehr noch, die Krisis der modernen Kultur und Zivilisation. Diese hat ihre notwendigen Voraussetzungen in der Arbeitsteilung, im Nebeneinander der verschiedenen Kultursphären, im Ringen des einzelnen Menschen um den Besitz dieser Güter. Hochkultur birgt notwendig in sich Spannungen, Gegensätze, Tragik. Zeiten hoher Zivilisation und Kultur sind schwer zu ertragen, viel schwerer als primitive Epochen, denn sie setzen uns täglich vor verantwortungsvolle Entscheidungen und Aus-

gleichsnotwendigkeiten. Hochkultur verlangt Stärke. Der Hauptuntergangsgrund der Hochkultur und der einer hochstehenden Regierungsform, wie der modernen Demokratie, liegt darin, daß man die Kraft nicht mehr aufbringt, um diese Spannungen, diese Entscheidungen, diese Verantwortung auf sich zu nehmen. Dann wirft der Mensch die Verantwortung, die Entscheidung, damit aber auch die Hochkultur von sich. Er folgt einem, der ihm diese Entscheidung abnimmt; er vertraut sich dem Schlagwort einer Gruppe oder Partei an, einem Führer, der den politischen, religiösen, wirtschaftlichen, geistigen Menschen seiner Spannungen entledigt, ihn davon *erlöst*, aber ihn dafür zum akklamierenden Herdenmenschen macht und ihm statt der Freiheit und Verantwortung das Machtidol des omnipotenten Staates oder, wie in Rußland, den Klassenegoismus einpflanzt, aber damit den Reichtum der Kultur tötet, die Eigenständigkeit von Religion, Weltanschauung, Wissenschaft und Wirtschaft vernichtet, die Fülle der Anlagen, die im Menschen schlummern, erstickt. Das Reichste im Menschen wird geopfert früher oder später, — mögen die äußeren, technischen Formen der Zivilisation auch noch weiterleben.

Gerade *weil* in unseren Nachbarstaaten heute die Menschen sich unter die Fittiche eines Diktators flüchten, der ihnen die Entscheide abnimmt, gerade weil vielerorts in der Welt die Demokratie untergeht, gerade deshalb haben wir Eidgenossen die Pflicht, an unserer schweizerischen Demokratie festzuhalten. Mit dem Untergang der politischen und persönlichen Freiheit würde unsere Eidgenossenschaft mit ihrer reichen Geschichte die Existenzberechtigung weit mehr einbüßen als andere Staaten. Indem wir unsere Demokratie retten, d. h. die Bürgertugenden: Einsicht, Opferwillen und Entschlußkraft steigern, erfüllen wir noch eine *europäische Sendung:* wenn wir bei uns die Würde der freien Persönlichkeit und die Eigenständigkeit der kulturellen Werte hüten, leisten wir unseren Beitrag zur Erhaltung und Fortentwicklung höchster Güter der Menschheit.